



GRÜNE Kanton Bern, Postfach, 3000 Bern 23  
Tel. 031 311 87 01  
Fax 031 311 87 04  
sekretariat@gruenebern.ch  
www.gruenebern.ch  
www.twitter.com/gruenebern

Zur Halbzeit der Legislatur 2018-2020

## **«Green Recovery Plan» für den Kanton Bern: Die GRÜNEN fordern einen klimafreundlichen und solidarischen Restart nach der Coronakrise**

Aufgrund der Coronakrise steht der Kanton Bern vor grossen gesellschaftlichen, sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Die GRÜNEN anerkennen, dass der Kanton Bern und der Bund in der Krise rasch und grundsätzlich umsichtig gehandelt haben. Nachdem sich die gesundheitspolitische Situation glücklicherweise stabilisiert hat, müssen die Weichen nun für die Gesellschaft, die Umwelt und die Wirtschaft für die Zukunft gestellt werden – und zwar nachhaltig. Es braucht eine Aufarbeitung der Krise, da sich in verschiedenen Bereichen Defizite gezeigt haben (Gesundheitsinfrastruktur, Versorgung mit Schutzmaterial, genügend Personal im Pflegebereich, Abhängigkeit der Versorgung von Importen aus dem Ausland, Einbezug des Parlamentes etc.). Die Krise hat eindrücklich gezeigt, wie wichtig eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur ist und dass es mehr denn je eine nachhaltigere Wirtschaftsweise braucht, denn die heutige Wirtschaft ist nicht krisenresistent. Für die GRÜNEN ist klar: Es gibt kein einfaches Zurück in die Vergangenheit. Die Zukunft des Kantons Bern muss ökologischer und sozialer sein und die Wirtschaft stärker auf lokale Kreisläufe ausgerichtet werden. Für den Restart der Wirtschaft braucht es Investitionen in den ökologischen Umbau und lokal verankerte KMU. Firmen müssen im Sinne der klimaverträglichen Kreislaufwirtschaft gestärkt und Arbeitsplätze gesichert werden. Selbstständige und KMU brauchen Unterstützung, auch beim ungelösten Problem der Mietlasten. Besonders ist die Situation von Lehrstellensuchenden und Berufseinsteiger\*innen, wo Wirtschaft und öffentliche Hand gefordert sind, einen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern. Für den gesellschaftlichen Restart braucht es Investitionen in die sozialen Infrastrukturen und in den Bildungsbereich. Die Schliessung aller Schulen war ein harter Einschnitt und es muss alles getan werden, dass die sozialen Ungleichheiten nicht wachsen. Dafür braucht es genügend Unterstützung für die Schulen. Wer wegen Corona in wirtschaftliche Not gerät, soll unbürokratisch und wirksam Unterstützung erhalten (u.a. Nothilfefonds, Sozialhilfe, Prämienverbilligungen). Betroffene dürfen später beispielsweise bei einem Einbürgerungsverfahren daraus keine Nachteile erleiden. Zentral ist die Frage, wie im Kanton Bern diese notwendigen Ausgaben finanziert



werden. Bisher sind Ausgaben von rund 400 Millionen Franken absehbar; weitere Ausgaben (u.a. Sozialhilfe, Prämienverbilligungen) sind nötig. Statt Steuersenkungen braucht es solidarische Finanzierungen dieser Mehrausgaben. Dafür sind eine Verschuldung des Kantons und Mehreinnahmen (u.a. Erbschaftssteuer) sinnvoll und nötig. Es wäre wirtschaftspolitisch falsch, wenn die notwendigen Ausgaben jetzt zu einem Leistungsabbau in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen und zu Sozialabbau führen würden.

Für die zweite Hälfte der Legislatur 2018-2020 fordern die GRÜNEN Kanton Bern im Sinne eines klimafreundlichen und sozialen Restarts einen «Green Recovery Plan» für den Kanton Bern mit fünf Schwerpunkten.

## 1. Green Recovery: Jetzt klimafreundliche Investitionen tätigen

*«Klimafreundliche Investitionen sichern Arbeitsplätze in der Region und lokale Wertschöpfung. Das ist notwendiger denn je.»*

David Müller, Vizepräsident GRÜNE Kanton Bern,  
Mitglied Gemeindeparlament Köniz

Neben der Coronakrise bleibt der Umgang mit der globalen Klimakrise die zentrale Herausforderung. Der Kanton Bern ist als Alpen-, Tourismus- und Agrarkanton besonders betroffen. Mit der laufenden Verfassungsänderung, welche den Klimaschutz in der Berner Kantonsverfassung verankern will, sind wir auf dem richtigen Weg. Investitionen in eine klimafreundliche Wirtschaft helfen, die Klimaziele zu erreichen und lokale Arbeitsplätze zu sichern. Die Berner Landwirtschaft muss stärker auf biologische Produktion umgestellt werden. Eine von Futtermittelimporten unabhängige und biologische Landwirtschaft ist nicht nur umwelt- und tierfreundlicher, sondern auch krisenresistenter. Dafür müssen alle Akteur\*innen miteinbezogen werden, auch der Konsum. Dabei spielen insbesondere das öffentliche Beschaffungswesen und die Gastronomie eine wichtige Rolle. Der Kanton Bern geht mit der Berner Biooffensive bereits mit gutem Beispiel voran, diese soll gestärkt werden.

Die GRÜNEN fordern eine rasche Neuauflage des kantonalen Energiegesetzes und den forcierten Ausbau von Investitionen in Gebäudesanierungen und erneuerbare Energien. Der Berner Tourismus muss auf ein nachhaltiges Geschäftsmodell umgebaut werden und die einseitigen Abhängigkeiten (u.a. von asiatischen Märkten) müssen abgelöst werden. Jede Form der Wirtschaftsförderung (Export, Landwirtschaft, Tourismus etc.) muss an das Kriterium Klimaverträglichkeit geknüpft werden. Es darf keine Wirtschaftsförderung oder sonstige Unterstützung für klimaschädigende Unter-



nehmen geben, ausser diese erfüllen Auflagen zur Reduktion der Emissionen auf netto null bis spätestens 2050, besser bereits 2035. Investitionen in Industrien, die auf fossilen Energieträgern basieren (z.B. Flugbranche), sind ausgeschlossen.

**Konkret:** Klimaschutz in der Berner Verfassung verankern

<https://gruenebern.ch/blog/vernehmlassungen/vernehmlassung-klimaschutz-artikel-in-der-berner-verfassung-verankern>

## 2. Green Recovery: Klimafreundliche Mobilität fördern - Moratorium für weitere Strassenkapazitäten

*«Es braucht Investitionen in den klimafreundlichen Verkehr. Ein Moratorium beim Bau von Strassenkapazitäten hilft dem Klima und schützt Natur und Landschaft.»*

Moussia von Wattenwyl, Grossrätin GRÜNE Kanton Bern, Präsidentin der Kommission Bau und Verkehr des Bernjurrassischen Rates

Viele Menschen haben in den letzten Wochen im Homeoffice gearbeitet. Dies bietet neben Herausforderungen (Einhaltung Arbeitsrecht und Gesundheitsschutz) auch Chancen für die Reduzierung des Pendelverkehrs. Mehr Menschen sind auf den Langsamverkehr umgestiegen und sind zu Fuss und mit dem Fahrrad unterwegs.<sup>1</sup> In den Städten zeigt sich deutlich, dass es mehr Raum für den Langsamverkehr braucht. Aber auch generell braucht die Natur mehr Raum, der Schutz der Böden muss verbessert werden und es dürfen nicht weitere Naturflächen für Strassen geopfert werden.

Der motorisierte Individualverkehr ist heute noch weitgehend CO<sub>2</sub>-basiert und produziert viel CO<sub>2</sub>. Fast die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Brenn- und Treibstoffen entfallen auf den motorisierten Strassenverkehr. Gleichzeitig nimmt die Anzahl Motorfahrzeuge und Personenwagen im Kanton Bern stärker zu als die Wohnbevölkerung. Neben CO<sub>2</sub>-armen Antriebssystemen braucht es weitere Massnahmen, um den Pendel- und auch den Freizeitverkehr zu reduzieren und umweltfreundlicher zu gestalten. Betriebe und Freizeiteinrichtungen brauchen ein Mobilitätsmanagement, welches die Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr oder dem Velo verbessert. Nach der Annahme der Veloinitiative 2018 auf Bundesebene braucht es im Kanton

---

<sup>1</sup> siehe SOTOMO-Monitoring, 7.5.2020, S. 41. <https://sotomo.ch/site/corona-krise-monitoring-der-bevoelkerung-07-05-20/>



Bern eine Velooffensive mit dem Ziel, den Anteil des Veloverkehrs mindestens zu verdoppeln.

Die externen Kosten des Strassenverkehrs belaufen sich im Kanton Bern auf rund eine Milliarde Franken jährlich.<sup>2</sup> Die GRÜNEN fordern eine Erhöhung und Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer (<https://gruenebern.ch/blog/news/vernehmlassung-gesetz-ueber-die-bestuerung-der-strassenfahrzeuge-revision-2020>). Solange der motorisierte Verkehr nicht annähernd verursachergerecht besteuert wird, ist eine Zweckentfremdung der Motorfahrzeugsteuern für Steuerreduktionen von Privatpersonen nicht statthaft und wird von den GRÜNEN dezidiert abgelehnt. Im Kanton Bern sind in den nächsten Monaten und Jahren massive Investitionen in den Ausbau von Strassenkapazitäten (Emmental, Oberaargau, Biel, Bern Nord etc.) geplant. Die GRÜNEN fordern ein Moratorium des Ausbaus der Strassenkapazitäten für den motorisierten Individualverkehr und eine konsequente Ausrichtung der Berner Verkehrspolitik auf den klimaverträglichen Verkehr.

**Konkret:** neue Motion: Moratorium Ausbau Strassenkapazitäten

### **3. Green Recovery: Es braucht bessere Löhne in der Pflege und Kinderbetreuung Kita**

*«Weil Applaus nicht reicht, braucht es jetzt eine Zulage für das Personal in der Pflege und in den Kitas. Es ist Zeit die Löhne und Arbeitsbedingungen in diesen frauendominierten Branchen zu verbessern. Der Kanton steht in der Verantwortung.»*

Lena Frank, Vizepräsidentin GRÜNE Kanton Bern, Stadträtin Biel

Altersheime, Spitäler, Kindertagesstätten, Heime, Schulen. Überall haben die Beschäftigten im öffentlichen Auftrag seit Ausbruch der Corona-Pandemie ausserordentliche Arbeit geleistet. Der Einsatz von vielen Beschäftigten in der ausserordentlichen Lage wegen des Coronavirus zeigt eindrücklich, wie wichtig diese Arbeit Tag für Tag für unsere Gesellschaft ist. Dankbar zeigt die Bevölkerung mit Applaus, dass dieser Einsatz anerkannt und symbolträchtig honoriert wird. Leider sieht die finanzielle Entschädigung der meisten Beschäftigten in den Bereichen Pflege, Betreuung, Schule, Soziales, Kleinkinderbetreuung (Kita) etc. alles andere

---

<sup>2</sup> So zeigt die letzte verfügbare Strassenrechnung des Kantons Bern aus dem Jahr 2011 mit Daten vom Jahr 2009 ein Defizit von 146 Mio. Franken auf (dies ohne externe Kosten). Berücksichtigt man die externen Kosten von jährlich 800 Mio. Franken, beläuft sich das Defizit folglich auf enorme 946 Millionen.



als rosig aus. Die Löhne sind angesichts der Ausbildungen, der Anforderungen und des geleisteten Einsatzes zu gering. Die Arbeitsbedingungen in diesen systemrelevanten Bereichen – mehrheitlich geht es um Frauen – müssen dringend verbessert werden. Die Beschäftigten in diesen Berufsgruppen leisten auch in «normalen» Zeiten Ausserordentliches!

Die GRÜNEN fordern mit einer dringlichen Motion ein Massnahmenpaket für die Verbesserung der Löhne und Anstellungsbedingungen in diesen sozialen Infrastrukturen. Wir fordern einerseits einen einmaligen Bonus (Corona-Zulage), andererseits sollen im Voranschlag 2021 und im Aufgaben- und Finanzplan 2022-2024 die Ausgaben für Löhne und Anstellungsbedingungen erhöht werden. Dafür sollen rasch die nötigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden, um die Löhne und Arbeitsbedingungen der vom Kanton Bern direkt Angestellten wie auch der indirekt via Kantonsbeiträge mitfinanzierten Mitarbeitenden in den Bereichen der Pflege, Betreuung, Schule, im Sozialbereich und in den Kitas deutlich verbessert werden. Auf die geplanten Steuersenkungen für natürliche und juristische Personen im Rahmen des Voranschlages 2021 ist zu verzichten.

**Aktuell:** Motion: Applaus reicht nicht

<https://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaeft.gid-3a487a4005cb4d1184d5bedfb7bf58c8.html>

#### **4. Green Recovery: Es braucht starke soziale Infrastrukturen und eine gute Gesundheitsversorgung**

*«Eine starke Gesundheitsversorgung mit hochspezialisierter Medizin an ausgewählten Standorten und einer guten, dezentralen Grundversorgung ist das Rückgrat einer Gesellschaft. Sie ist systemrelevant wie auch die familienergänzende Kinderbetreuung. Der Kanton ist verantwortlich für die Leistungen, die Qualität und die Anstellungsbedingungen.»*

Andrea de Meuron, Fraktionspräsidentin GRÜNE Kanton Bern, Grossrätin

Das bernische Gesundheitssystem hat den Stresstest knapp bestanden und hat gezeigt, wie wichtig eine starke Gesundheitsversorgung ist. Es braucht starke Spitäler und die öffentliche Hand muss künftig wieder stärker ihren Einfluss wahrnehmen. Die öffentliche Hand ist für die Gesundheitsversorgung verantwortlich und muss zusammen mit zahlreichen Akteur\*innen (Spitex, Akutmedizin, Forschung) stärker koordinieren und die interdisziplinäre Zusammenarbeit weiter stärken. Welche Leistung wo



erbracht werden soll, steht dabei im Vordergrund, damit die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in allen Regionen und auch in Krisensituationen angemessen gewährleistet ist. Zentral bleibt die Frage des Personalmangels im Pflegebereich. Die laufende Privatisierung von Spitälern (Hôpital du Jura) muss sofort gestoppt werden und das Spitalversorgungsgesetz geändert werden. Die Prämienverbilligungen für die Krankenkassenkosten müssen rasch an die wirtschaftliche Situation angepasst werden. Wer wegen der Coronakrise weniger Einkommen hat (Kurzarbeit, Stellenverlust etc.), soll rasch Unterstützung bekommen. Nur so kann verhindert werden, dass diese Menschen Sozialhilfe benötigen.

Im Herbst wird neu das Gesetz über die sozialen Leistungen debattiert. Dieses regelt weitgehend die sozialen Infrastrukturen wie Institutionen bei Behinderung, für Pflege, über die Jugendarbeit und Suchthilfe zu der familienergänzenden Kinderbetreuung. Es handelt sich um systemrelevante Leistungen, auch wenn sie weitgehend von Dritten im Rahmen von Leistungsverträgen erbracht werden. Der Kanton ist in der Verantwortung für bedarfsgerechte und ausreichende Dienstleistungen und auch für die Sicherstellung angemessener Anstellungsbedingungen, die durch Gesamtarbeitsverträge abgesichert werden sollen.

**Aktuell:** Änderung Spitalversorgungsgesetz: «Die Regionalspitalplanung und somit versorgungsrelevante Spitäler gehören in die öffentliche Hand!»

<https://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-fc1e286d54e3465e8c5d0bb5609c4c97.html>

Motion: Anpassungen bei den Prämienverbilligungen an aktuelle wirtschaftliche Situation

## **5. Green Recovery: Es braucht nachhaltige Investitionsprogramme, um der Rezession entgegenzutreten**

*«Der Kanton Bern braucht ein nachhaltiges Konjunkturprogramm. Dazu gehören klimafreundliche Investitionen und die Stärkung der Infrastrukturen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales. Wir wollen verhindern, dass die Schwächsten die Folgen der Krise am stärksten bezahlen müssen.»*

Natalie Imboden, Präsidentin GRÜNE Kanton Bern, Grossrätin

Die wirtschaftlichen Prognosen sind düster. Es ist mit dem grössten wirtschaftlichen Einbruch seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu rechnen. Es drohen Firmenkon-



kurse und der Abbau von Arbeitsstellen. Die Kantone haben schweizweit ein grosses volkswirtschaftliches Gewicht. So muss auch der Kanton Bern dazu beitragen, dass nach dem grossen «Angebotsschock» der temporären Teilschliessung der Wirtschaft nun der «Nachfrageschock» möglichst in Grenzen gehalten wird. Einkommenseinbussen und Stellenverluste müssen vermieden werden, ansonsten drohen in Kürze auch Einbussen der kantonalen Haushalte (Steuereinbrüche).

Um den Einbruch in Grenzen zu halten, muss der Kanton Bern seine bisherige Finanzpolitik mit dem bürgerlichen Dogma der absoluten Schuldenbremse ändern und weitere Mittel mobilisieren und sich schlicht verschulden. Die Berner Schuldenbremse erweist sich in Krisenzeiten als fatal, da damit jeglicher politische Spielraum abgewürgt wird.

Der Kanton Bern braucht Investitionen in den ökologischen Umbau und in die sozialen Infrastrukturen. Die finanzielle Unterstützung der Berner Wirtschaft muss an das Kriterium «klimaverträglich» gekoppelt werden und Dividendenauszahlungen müssen dabei ausgeschlossen werden. Es braucht dringend Abfederungsmassnahmen für Menschen mit tiefen und mittleren Löhnen. So sind die Lohneinbusse von 20 Prozent bei der Kurzarbeit für viele Personen finanziell nur schwer zu verkraften. Wer zum Beispiel im Gastgewerbe arbeitet, verdient im Mittel rund 4100 Franken im Monat (Vollzeitstelle). Wenn nun im April oder Mai 20 Prozent wegfallen, bleibt noch ein Lohn von rund 3300 Franken. Fast die Hälfte der Kurzarbeiter\*innen arbeitet in den Branchen mit den tiefsten Löhnen. Notwendig ist ein voller Lohnersatz für Menschen mit Tieflöhnen, unbürokratische Unterstützung durch die Sozialhilfe und mehr Prämienverbilligungen. Das ist volkswirtschaftlich sinnvoll. Der Kanton Bern braucht mehr Investitionen in den Umbau in Richtung einer klimaverträglichen Wirtschaft, welche stärker auf der Kreislaufwirtschaft basiert. Beschäftigungsprogramme und griffige Unterstützungsleistungen sollen helfen wirtschaftliche Not und Erwerbslosigkeit zu verhindern. Die finanziellen Folgen der Krise müssen solidarisch getragen werden. Der Kanton Bern muss seinen Beitrag zum Restart leisten – klimaverträglich und solidarisch!

**Aktuell:** Anpassung der Schulden- und Investitionsbremse in Artikel 101 der Kantonsverfassung (Motion 233-2019)

<https://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaeft.gid-65f97f97e9194f639db77cd76ed31cba.html>